

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1599
der Abgeordneten Ursula Nonnemacher
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 5/4084

Feuerwehr in Falkensee

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1599 vom 27. September 2011:

Nach § 24 Abs. 4 Brand- und Katastrophenschutzgesetz sollen amtsfreie Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern bei ihren Freiwilligen Feuerwehren Feuerwachen einrichten, die mit hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen ständig besetzt sind.

In Falkensee sind mit Ausnahmegenehmigung seit 2004 in den Nachtstunden, an Wochenenden und gesetzlichen Feiertagen keine hauptamtlichen Kräfte im Einsatz. Falkensee mit über 40.000 Einwohnern und positiver Wachstumsprognose nimmt damit unter vergleichbaren Städten eine Sonderrolle ein.

Ich frage die Landesregierung:

1. Warum wurde die Ausnahmegenehmigung 2004 erteilt?
2. Ist diese Ausnahmegenehmigung zeitlich befristet? Ist diese Ausnahmegenehmigung an bestimmte Auflagen oder Bedingungen geknüpft?
3. In welchen kreisangehörigen Städten über 20.000 Einwohner werden die Feuerwachen rund um die Uhr mit hauptamtlichen Kräften besetzt? (bitte auflisten inkl. Schichtmodell)
4. Welche kreisangehörige Städte über 20.000 Einwohner haben vergleichbar zu Falkensee eine Kombination aus hauptamtlichen und freiwilligen Kräften? (bitte auflisten inkl. Schichtmodell)
5. Welche kreisangehörigen Städte über 30.000 Einwohnern verfügen wie Falkensee über eine Ausnahmegenehmigung?
6. Wie bewertet die Landesregierung die Situation in Falkensee im Vergleich zu den anderen Städten?

Datum des Eingangs: 24.10.2011 / Ausgegeben: 01.11.2011

7. Wie bewertet die Landesregierung die Situation in Falkensee vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung (laut Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg des LBV und des Amtes für Statistik wird für 2030 mit knapp 48.000 Einwohnern gerechnet)?
8. Wie bewertet die Landesregierung die Situation in Falkensee vor dem Hintergrund, dass die Stadt Falkensee bis Ende 2014 eine Großhalle für Kultur und Sport errichten wird, deren beide Flügel jeweils für mehrere Hundert Zuschauer ausgelegt sind?
9. Wie bewertet die Landesregierung die Situation in Falkensee in Hinblick darauf, dass die besagte Großhalle in einen Campus eingebettet ist, der außerdem eine 3-4-zügige Grundschule, einen Hort mit 200 Plätzen, die Stadtbibliothek, ein Begegnungszentrum für Selbsthilfegruppen und einen weiteren Veranstaltungsraum umfassen wird?
10. Inwieweit wird bei einem potentiellen Großschadensereignis auf Einsatzkräfte der Berliner Berufsfeuerwehr aus dem angrenzenden Bezirk Spandau zurückgegriffen?“

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Warum wurde die Ausnahmegenehmigung 2004 erteilt?

Frage 2:

Ist diese Ausnahmegenehmigung zeitlich befristet? Ist diese Ausnahmegenehmigung an bestimmte Auflagen oder Bedingungen geknüpft?

zu den Fragen 1 und 2:

Mit Bescheid vom 25. Juni 1999 wurde auf Antrag der Stadt Falkensee eine Ausnahmegenehmigung im Sinne von § 10 Absatz 1 Satz 3 des Brandschutzgesetzes (BSchG) vom 9. März 1994, zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Dezember 1996, erteilt. Grundlage dieser Ausnahmegenehmigung bildete eine Konzeption der Stadt Falkensee, mit der dargelegt wurde, dass die Gefahrenpotentiale sowie die Häufigkeit und Schwierigkeit der Einsätze eine ständig besetzte Wache nicht erfordern. Hierbei wurde auch die Leistungsfähigkeit der Freiwilligen Feuerwehr berücksichtigt.

Diese Ausnahmegenehmigung wurde in Bezug auf § 10 BSchG zeitlich nicht befristet, jedoch mit einem Widerrufsvorbehalt versehen. Als Auflage wurde festgelegt, dass die zur damaligen Zeit vorgehaltenen zehn Beschäftigten an Werktagen in der Zeit von 07:00 Uhr bis 15:30 Uhr vorzuhalten sind. Zur Sicherstellung der Einsatzbereitschaft war vorgegeben, dass die hauptberuflichen Einsatzkräfte in diesem Zeitraum in Staffelfstärke (1:5) ihren Dienst versehen.

Mit dem Inkrafttreten des neuen Brand- und Katastrophenschutzgesetzes besteht das Erfordernis einer Ausnahmegenehmigung formal nicht mehr. Nach § 24 Absatz 4 BbgBKG sollen amtsfreie Gemeinden und Ämter mit mehr als 30.000 Einwohnern bei ihren Freiwilligen Feuerwehren Feuerwachen einrichten, die mit hauptamtlichen Feuerwehrangehörigen ständig besetzt sind. Diese Regelung ist somit zwar grundsätzlich verbindlich, in begründeten Ausnahmefällen kann jedoch von der Verpflichtung zur Unterhaltung einer ständig besetzten Wache mit hauptamtlichen Kräften abgesehen werden. Ob ein solcher begründeter Ausnahmefall vorliegt, wird jedoch nicht mehr durch eine Ausnahmegenehmigung des Ministeriums des Innern festgelegt, sondern obliegt zunächst dem Ermessen des jeweiligen Aufgabenträgers. Er ist nach § 3 Absatz 1 Nr. 1 BbgBKG verpflichtet, eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr zu unterhalten. Dazu bedarf es einer Gefahren- und Risikoanalyse und eines Gefahrenabwehrbedarfsplanes. Die darauf basierende

Ermessensentscheidung kann durch den Landrat als Sonderaufsichtsbehörde im Sinne von § 22 BbgBKG überprüft werden.

Nach der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums des Innern zum Brandenburgischen Brand- und Katastrophenschutzgesetz vom 30. November 2005 (ABl. 2005, Nr. 50, S. 1090) ist festgelegt, dass eine Abweichung von dieser Soll-Vorschrift nur dann in Betracht kommt, „wenn bei der konkreten Besetzung in jedem Falle die Leistungsfähigkeit der Feuerwache gewährleistet ist“.

Frage 3:

In welchen kreisangehörigen Städten über 20.000 Einwohner werden die Feuerwachen rund um die Uhr mit hauptamtlichen Kräften besetzt? (bitte auflisten inkl. Schichtmodell)

zu Frage 3:

Folgende kreisangehörige Städte unterhalten eine ständig besetzte Feuerwehrwache mit hauptamtlichen Kräften: Luckenwalde, Königs Wusterhausen, Fürstenwalde, Oranienburg, Schwedt/Oder, Eisenhüttenstadt, Senftenberg, Teltow und Eberswalde (Berufsfeuerwehr).

Frage 4:

Welche kreisangehörige Städte über 20.000 Einwohner haben vergleichbar zu Falkensee eine Kombination aus hauptamtlichen und freiwilligen Kräften? (bitte auflisten inkl. Schichtmodell)

zu Frage 4:

Die zu Frage 3 aufgeführten Städte mit Feuerwehren im Sinne von § 24 Absatz 4 BbgBKG verfügen sowohl über hauptamtliche als auch freiwillige Feuerwehrangehörige. Darüber hinaus verfügen neben der Stadt Falkensee auch die Städte Bernau, Neuruppin und Lauchhammer über hauptamtliche Kräfte, ohne jedoch eine ständig besetzte Wache vorzuhalten.

Frage 5:

Welche kreisangehörigen Städte über 30.000 Einwohnern verfügen wie Falkensee über eine Ausnahmegenehmigung?

zu Frage 5:

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

Frage 6:

Wie bewertet die Landesregierung die Situation in Falkensee im Vergleich zu den anderen Städten?

Frage 7:

Wie bewertet die Landesregierung die Situation in Falkensee vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung (laut Bevölkerungsprognose für das Land Brandenburg des LBV und des Amtes für Statistik wird für 2030 mit knapp 48.000 Einwohnern gerechnet)?

Frage 8:

Wie bewertet die Landesregierung die Situation in Falkensee vor dem Hintergrund, dass die Stadt Falkensee bis Ende 2014 eine Großhalle für Kultur und Sport errichten wird, deren beide Flügel jeweils für mehrere Hundert Zuschauer ausgelegt sind?

Frage 9:

Wie bewertet die Landesregierung die Situation in Falkensee in Hinblick darauf, dass die besagte Großhalle in einen Campus eingebettet ist, der außerdem eine 3-4-zügige Grundschule, einen Hort mit 200 Plätzen, die Stadtbibliothek, ein Begegnungszentrum für Selbsthilfegruppen und einen weiteren Veranstaltungsraum umfassen wird?

zu den Fragen 6 bis 9:

Eine solche Bewertung obliegt zunächst dem zuständigen Aufgabenträger im Rahmen seiner Verantwortung aus § 3 BbgBKG. Die Überprüfung der entsprechenden Ermessensentscheidung erfolgt durch den Landrat als zuständige Sonderaufsichtsbehörde nach § 22 BbgBKG. Dem Ministerium des Innern als zuständiger oberster Sonderaufsichtsbehörde liegen derzeit keine Erkenntnisse darüber vor, dass die Aufgabenträger ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.

Frage 10:

Inwieweit wird bei einem potentiellen Großschadensereignis auf Einsatzkräfte der Berliner Berufsfeuerwehr aus dem angrenzenden Bezirk Spandau zurückgegriffen?

zu Frage 10:

Die Berliner Feuerwehr unterstützt im Rahmen der verfügbaren Möglichkeiten im Wege der Amtshilfe.